



HESSISCHER LANDTAG

12. 11. 2024

Kleine Anfrage

Dr. Frank Grobe (AfD), Jochen K. Roos (AfD), Lothar Mulch (AfD) und Heiko Scholz (AfD) vom 02.07.2024

Antisemitismus an der Hochschule Fulda

und

Antwort

Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur

Vorbemerkung Fragesteller:

An der Hochschule Fulda kam es vor Kurzem zu einem aufsehenerregenden Vorfall im Zusammenhang mit Antisemitismus. Der Verband Jüdischer Studierender in Hessen wirft der an der Hochschule aktiven Gruppe „Students for Palestine HS Fulda“ vor, durch ihre Aktivitäten in den sozialen Medien und auf dem Campus „Antisemitismus, völkisch-arabischen Nationalismus, Israel Hass und Terror- sowie Holocaust-Relativierung“ an der Hochschule Fulda salonfähig zu machen. Dem zuständigen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) wirft der Verband Jüdischer Studierender Hessen (VJSH) wiederum vor, an seiner Hochschule nicht in der Lage zu sein, „Antisemitismus zu identifizieren“. So wurde den „Students for Palestine HS Fulda“ seitens des AStAs zuletzt genehmigt, während der dreitägigen Hochschultage auf dem Campus einen eigenen Stand zu betreiben. Diesen habe die nicht anerkannte Hochschulgruppe dazu missbraucht, um gegen den Verhaltenskodex der Hochschultage zu verstoßen. Der VJSH verweist dazu auf einen in den sozialen Medien von der Gruppe geteilten Inhalt, welcher ein Plakat mit dem Slogan „One Holocaust does not justify another“ gezeigt haben soll. Und auch der AStA der Hochschule Fulda ist Gegenstand der jüngsten Kritik des VJSH, denn dieser lehnte in einem Brief an das Hochschulpräsidium entschieden die gängige Internationale Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)-Definition von Antisemitismus ab.

Vorbemerkung Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Nach dem 07.10.2023, dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel, hat es auch an Hochschulen einzelne antisemitische Vorfälle gegeben. Es ist nach Auffassung der Landesregierung beschämend, dass heute – knapp achtzig Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus – wieder jüdische Studierende und Lehrende um ihre Sicherheit an deutschen Hochschulen fürchten müssen. Sie verurteilt die Vorfälle entschieden. Auf Initiative des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (HMWK) haben die Hochschulen Ansprechpersonen für von Antisemitismus Betroffene benannt. Die Ansprechpersonen nahmen im Mai 2024 an einem ersten Vernetzungs- und Qualifizierungstreffen im HMWK teil. Die Landesregierung hat den Hochschulen zudem 1,5 Millionen Euro zur Antisemitismusprävention zur Verfügung gestellt.

Die Auseinandersetzung mit antisemitischen Narrativen und Einstellungen, die rechts wie links und auch in der Mitte der Gesellschaft vorhanden sind, müssen im öffentlichen Raum wie im Privaten geführt werden. Den Hochschulen kommt hierbei eine besondere Aufgabe zu – sowohl als Ort der Bildung als auch als Wissenschaftseinrichtung. Gerade hier kann Antisemitismus vor dem Hintergrund der komplexen Nahost-Problematik in akademischen Formaten oder moderiert von wissenschaftlichen Expertinnen oder Experten angemessen diskutiert werden. Viele Hochschulen leisten bereits Beachtliches – mit unterschiedlichen Reihen, etwa zu den Themen Nahost-Konflikt, Israelfeindlichkeit, Antisemitismus, aber auch Islamophobie. In besonderer Weisen sind die Hochschulleitungen gefordert, Diskussionen anzuregen, sich Auseinandersetzungen zu stellen, aber auch moderierend tätig zu werden. Besonderer Dank gilt der Hochschulleitung in Fulda sowie Lehrenden des dortigen Fachbereichs Sozialwissenschaften, die die unterschiedlichen Akteure an einen Tisch geholt und eine geordnete Diskussion ermöglicht haben.

Zur Beantwortung der Fragen wurden insbesondere Stellungnahmen von der Hochschule Fulda, aber auch von allen anderen Hochschulen eingeholt.

Diese Vorbemerkung vorangestellt beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1 Wie bewertet die Landesregierung die nicht anerkannte Hochschulgruppe „Students for Palestine HS Fulda“ und die von dieser Gruppe an der eingangs genannten Hochschule durchgeführten Aktionen? Die Antwort bitte begründen.

An vielen Hochschulen treten derzeit Initiativen auf, die sich als „Students for Palestine“ bezeichnen. Bei den „Students for Palestine HS Fulda“ handelt es sich nicht um eine anerkannte studentische Hochschulgruppe.

Die Landesregierung verurteilt antisemitische und den Holocaust verharmlosende Äußerungen, wie sie auch im Kontext von Aktionen von „Students for Palestine“ beobachtet wurden.

Frage 2 Inwiefern ist es zulässig, dass nicht anerkannte Hochschulgruppen auf einer von der Hochschule und der Stadt Fulda finanzierten Veranstaltung einen Stand betreiben und diesen für ihre politischen Zwecke missbrauchen? Die Antwort bitte begründen.

Nach Auskunft der Hochschule Fulda kann jede Person und jede Gruppe auf den Hochschultagen einen Stand beim AStA beantragen. Der AStA entscheide auf Basis der eingegangenen Anträge, welcher Stand genehmigt werde. Die Hochschule Fulda und die Stadt steuerten einen Beitrag zur Gesamtfinanzierung bei, seien aber nicht direkt in die Organisation eingebunden. „Students for Palestine HS Fulda“ habe beantragt, über einen Kuchenverkauf Spenden für eine Familie aus dem Gaza-Streifen zu sammeln.

Frage 3 In Bezug auf Frage 2: Wie beurteilt die Landesregierung den Umgang des AStA der HS Fulda mit der nicht anerkannten Hochschulgruppe „Students for Palestine HS Fulda“ vor dem Hintergrund, dass diese nach der Stellungnahme des VJSH bereits im Vorfeld der dreitägigen Hochschultage durch antisemitische Äußerungen in Erscheinung getreten sein soll? Die Antwort bitte begründen.

Die Landesregierung erwartet von allen Akteuren – Studierenden, Lehrenden und Hochschulleitungen, dass sie sich aktiv gegen Antisemitismus einsetzen.

Nach Einschätzung der Hochschulleitung der Hochschule Fulda hat der AStA im Rahmen seiner Möglichkeiten verantwortungsvoll gehandelt: So seien im Vorfeld der Hochschultage die Regeln für das Betreiben eines Standes klar kommuniziert worden. Das Einhalten der Regeln sei sowohl vom AStA als auch von den örtlichen Behörden kontrolliert worden. Als einzelne Personen am Stand Plakate hochhielten, die als antisemitisch beziehungsweise als den Holocaust relativierend hätten eingestuft werden können, sei dies vom AStA kritisiert und mit dem Einbehalt eines Teils der Kautions für den Stand sanktioniert worden.

Frage 4 Wie positioniert sich die Landesregierung gegenüber der von der IHRA verabschiedeten Arbeitsdefinition von Antisemitismus? Die Antwort bitte begründen.

Frage 5 In Bezug auf Frage 4: Wie beurteilt die Landesregierung die ablehnende Haltung des AStAs der Hochschule Fulda gegenüber der IHRA-Definition von Antisemitismus vor dem Hintergrund, dass auch das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus diese Definition als wertvolle Orientierung und als nützliches Instrument bei der Einordnung von Fällen ausweist? Die Antwort bitte begründen.

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung unterstützt den Aktionsplan der Kultusministerkonferenz (KMK) gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit, der unter Punkt 2 die Hochschulen ermutigt, die Definition der IHRA zu übernehmen und teilt die unter diesem Punkt gegebene Begründung. Die Landesregierung erwartet, dass sich auch alle Studierendenvertretungen im Zuge der weiteren Auseinandersetzung mit Antisemitismus sowie der Geschichte und Gegenwart des Nahen Ostens ebenfalls der Definition des IHRA anschließen.

Frage 6 Wie bewertet die Landesregierung die Aussage des Verbandes Jüdischer Studierender in Hessen, wonach der AStA der Hochschule Fulda nicht in der Lage sei, „Antisemitismus zu identifizieren? Die Antwort bitte begründen.

Der Landesregierung liegt hierzu lediglich die Einschätzung der Hochschulleitung der Hochschule Fulda vor, der zufolge sich verantwortliche Personen im jeweiligen AStA mit der Problematik auseinandergesetzt und diesbezüglich auch Rat unter anderem bei jüdischen Einrichtungen eingeholt haben. Der AStA habe sich deutlich gegen jede Form von Antisemitismus ausgesprochen und im Rahmen seiner Möglichkeiten bemüht Antisemitismus zu identifizieren.

Frage 7 Wie bewertet die Landesregierung den Umgang der ASten mit dem seit dem 07.10.2023 an hessischen Hochschulen verstärkt auftretenden Antisemitismus im Allgemeinen? Die Antwort bitte begründen.

Aus den Rückmeldungen der Hochschulen geht hervor, dass sich nicht alle Allgemeinen Studierendenausschüsse (Asten) der Hochschulen zum Thema Antisemitismus geäußert haben. Diejenigen Asten, die sich geäußert haben, hätten sich differenziert und klar gegen Antisemitismus positioniert. Zu erwähnen sind Sensibilisierungsmaßnahmen und Beratungsangebote, die von Seiten der Asten an einigen Hochschulen bereitgestellt werden.

Frage 8 Welche anderen „Propalästina-Gruppen“ sind an hessischen Hochschulen im Zusammenhang mit antisemitischen Aktionen in Erscheinung getreten? Bitte alle namentlich bekannten Gruppen sowie die von ihnen ausgehenden Aktionen seit dem 01.01.2018 bis zum letzten Stichtag der Datenerfassung anhand der jeweils betroffenen Hochschule auflisten.

Von den Hochschulen in Bezug auf die Fragestellung genannte weitere Gruppierungen sind „Studis gegen rechte Hetze“, „Free Palestine Frankfurt“, „Young Struggle“, „Zora“ und „069 Studis“. Es wird im Übrigen auf die Kleine Anfrage, Drucksache 21/323, verwiesen.

Wiesbaden, 12. November 2024

Timon Gremmels